Aufenthaltsstatus

Der **Aufenthaltsstatus** stellt die Berechtigung einer ausländischen Person dar, sich im Inland aufzuhalten. Er kann sehr unterschiedlich ausgestaltet sein und wird in der Regel durch den gesetzlich geregelten Erwerb eines Aufenthaltstitels begründet. Der Aufenthaltsstatus ist dafür ausschlaggebend, wie lange ein ausländischer Besucher oder Zuwanderer legal im Land bleiben kann und welchen Beschränkungen oder Auflagen er gegebenenfalls unterliegt. Bei Verstößen gegen die Gesetze des Gastlandes können ausländische Staatsbürger unter Umständen ausgewiesen werden und verlieren damit ihren Aufenthaltsstatus. Ausländer, die sich ohne entsprechenden Status unerlaubt im Lande aufhalten, machen sich strafbar und können gegebenenfalls abgeschoben (Schweiz: ausgeschafft) werden. Bei längerfristigem unerlaubten Aufenthalt spricht man von illegaler Zuwanderung.

Aufenthaltsrecht

Den Aufenthaltsstatus regelt das seit 1. Januar 2005 geltende „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet" (Aufenthaltsgesetz). Das Aufenthaltsgesetz ist zentraler Bestandteil des Zuwanderungsgesetzes und damit Teil des Aufenthaltsrechts (früher Ausländerrecht genannt).

Aufenthaltsstatus von EWR-Bürgern

Das Aufenthaltsrecht gilt nicht für Bürger des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), die aufgrund der gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften Freizügigkeit genießen. Für Unionsbürger und ihre (ausländischen) Angehörigen richtet sich die Erteilung einer Freizügigkeitsbescheinigung bzw. Aufenthaltskarte-EU (auf Basis der Richtlinie 2004/38/EG) sowie der unter bestimmten Voraussetzungen möglichen Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (auf Basis der Richtlinie 2003/109/EG) nach dem Freizügigkeitsgesetz.

Aufenthaltstitel für Nicht-EWR-Bürger

EU-Aufenthaltstitel ausgestellt von einer deutschen Behörde

Im deutschen Aufenthaltsrecht löste der gesetzlich definierte Begriff *Aufenthaltstitel* den bis zum 31. Dezember 2004 nach dem alten Ausländerrecht verwendeten Oberbegriff der *Aufenthaltsgenehmigung* ab. Das Aufenthaltsgesetz unterscheidet zwischen vier Aufenthaltstiteln, nämlich

- **dem *Sichtvermerk* (Visum),**

- **der (befristeten) *Aufenthaltserlaubnis* und**
- **der (unbefristeten) *Niederlassungserlaubnis* und**
- **der (unbefristeten) *Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG.***

Die neuen Aufenthaltstitel (Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis) sind an die Stelle der zuvor im (zum 31. Dezember 2004 aufgehobenen) Ausländergesetz unterschiedenen Formen der Aufenthaltsgenehmigung (Aufenthaltsbefugnis, Aufenthaltsbewilligung, befristete und unbefristete Aufenthaltserlaubnis und Aufenthaltsberechtigung) getreten.

Im Gegensatz zum alten Recht schließt eine befristet erteilte Aufenthaltserlaubnis die Verfestigung des Aufenthaltsstatus zur unbefristeten Niederlassungserlaubnis jetzt nicht mehr generell aus. Die von einem großen Teil des politischen Spektrums über lange Zeit vertretene rechtspolitische Doktrin, Deutschland sei kein Einwanderungsland, wurde damit vom Gesetzgeber aufgegeben. Eine Verweigerung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis im Einzelfall ist jedoch möglich. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt nur in bestimmten Fällen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. In vielen Fällen ist die Erteilung eines Aufenthaltstitels seit 2005 an das Erfordernis geknüpft, einfache Deutschkenntnisse nachzuweisen. Auch die Verpflichtung aufenthaltsberechtigter Ausländer zur Teilnahme an Integrationskursen ist jetzt im Aufenthaltsrecht geregelt.

Erwirbt ein Einwanderer eine Niederlassungserlaubnis, so erhält er damit ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland. Die Niederlassungserlaubnis stellt somit den Endpunkt der ausländerrechtlichen Verfestigung des Aufenthaltes dar. Der Betroffene hat das Recht, ungehindert und ohne weitere Auflagen eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Behördliche Beschränkungen bezüglich der Ausübung politischer Tätigkeiten sind jedoch möglich.

Zuwanderer mit einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Ausbildung (Studium, Berufsausbildung) erhalten nach Ablauf ihrer Ausbildung nicht automatisch eine Niederlassungserlaubnis. Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Zweck einer Arbeitsaufnahme mit anschließender Erlangung eines dauerhaften Aufenthaltstitels ist aber nach neuem Recht leichter möglich als früher. Auch für Hochqualifizierte, die eine Arbeitsstelle nachweisen können, gibt es Erleichterungen bei der Erteilung eines Aufenthaltstitels.

Wurde ein Aufenthaltstitel beantragt und ist über den Antrag noch nicht entschieden, so erhält der Ausländer eine vorläufige Bestätigung der Rechtmäßigkeit seines Aufenthalts in Form einer Fiktionsbescheinigung. Eine Duldung vermittelt dagegen kein Aufenthaltsrecht, sondern bescheinigt lediglich die Aussetzung der Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer.

Kein Aufenthaltstitel ist die Grenzübertrittsbescheinigung, die eigentlich nur der ungehinderten Ausreise und in der Praxis vor allem Nachweiszwecken dient; sie ist an der Grenze der Bundespolizei vorzulegen. Ihre Erteilung ist rechtswidrig, wenn die Ausreise nicht möglich ist.

Aufenthaltsstatus von Asylberechtigten

Jedem Asylbewerber ist zur Durchführung des Asylverfahrens der Aufenthalt im Bundesgebiet zu gestatten. Demnach kann ein Aufenthaltsstatus für Asylbewerber, über deren Antrag noch nicht rechtskräftig entschieden wurde, auch durch die *Aufenthaltsgestattung* nach dem Asylverfahrensgesetz begründet werden. Die Aufenthaltsgestattung ist räumlich beschränkt

auf einen Ort, den die zuständigen Behörden festlegen. Die Maßnahme kann auch mit behördlichen Auflagen versehen werden.

Bereits anerkannte Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge erhalten bei der Feststellung (Einreise) eine *unbefristete Aufenthaltserlaubnis* (§§ 68 AsylVfG, § 1 III HumHAG), die nach heutigem Recht als Niederlassungserlaubnis erteilt wird. Zugelassene Asylbewerber und Konventionsflüchtlinge erhalten zunächst eine *befristete Aufenthaltserlaubnis*. Sollten die Fluchtgründe 36 Monaten nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis immer noch vorliegen, hat der Betroffene einen Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis.

Duldung (Aufenthaltsrecht)

Die **Duldung** ist nach der Definition des deutschen Aufenthaltsrechts eine "vorübergehende Aussetzung der Abschiebung" von ausreisepflichtigen Ausländern, und stellt damit keinen Aufenthaltstitel dar. § 60a Aufenthaltsgesetz regelt, wer eine Duldung erhält. Die Duldung dient ausschließlich dazu, dem Ausländer zu bescheinigen, dass von einer Durchsetzung der bestehenden Ausreisepflicht für den genannten Zeitraum abgesehen wird. Mit der Duldung wird lediglich die rechtliche Situation eines Ausländers klargestellt, dessen gesetzliche vollziehbare Ausreisepflicht derzeit nicht im Wege der Verwaltungsvollstreckung durchgesetzt werden kann. Der Aufenthalt eines Ausländers wird mit der Duldung keineswegs legalisiert. Ein Duldungsinhaber hält sich somit widerrechtlich im Bundesgebiet auf. An eine Duldung können Auflagen geknüpft werden. Die Duldung erlischt mit der Ausreise des Ausländers.

Erwerbstätigkeit

Die Duldung beinhaltet keine Arbeitserlaubnis, jedoch kann für die Zeit der Duldung die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gestattet werden. Nach § 10 Beschäftigungsverfahrensverordnung ist dies jedoch nur erlaubt, wenn dem Ausländer – nach Zustimmung der Agentur für Arbeit und einjährigem Aufenthalt im Bundesgebiet – eine entsprechende Genehmigung erteilt worden ist.

Räumliche Beschränkung

Inhaber einer Duldung dürfen sich nach § 61 Aufenthaltsgesetz nur in ihrem Bundesland aufhalten. Der Aufenthalt und die Wohnsitznahme können in Einzelfällen weiter, zum Beispiel auf einen Landkreis, beschränkt werden. Seit 28. August 2007 kann die Ausländerbehörde das Gebiet erweitern, wenn geduldete Personen eine Arbeitsberechtigung ohne Vorrangprüfung haben.

Sozialleistungen (Unterhaltsleistungen)

Ein geduldeter Ausländer hat grundsätzlich **keinen Anspruch** auf Arbeitslosengeld II (ALG) oder Sozialhilfe. Ein Ausländer mit einer Duldung nach § 60a AufenthG gehört im Regelfall zum Personenkreis der Leistungsberechtigten des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) (vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 4 AsylbLG). Davon gibt es nur eine Ausnahme, die in der Praxis nur sehr selten ist: Duldungsinhaber, die in der Vergangenheit einmal vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Asylberechtigte anerkannt wurden, sind gemäß § 1 Abs. 2 und 3]

AsylbLG nicht nach dem AsylbLG leistungsberechtigt. In der Praxis trifft dies zum Beispiel auf Ausländer zu, die ihren Aufenthaltstitel auf Grund von Ausweisungsverfügungen verloren haben.

Nach § 3 AsylbLG wird der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft (Gemeinschaftsunterkunft), Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird durch Sachleistungen gedeckt. Kann etwas nicht geleistet werden, wird es in Form von Wertgutscheinen oder anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen gewährt werden. Gebrauchsgüter des Haushalts werden leihweise zur Verfügung gestellt.

Außerdem erhält jeder ausreisepflichtige Ausländer, der Leistungen nach § 3 AsylbLG bezieht, ab Beginn des 15. Lebensjahres (14 Jahre), monatlich 40,90 Euro (für unter 14-Jährige sind es 20,45 Euro). Viele geduldete bzw. vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer erhalten jedoch keine Bargeldleistungen und damit auch nicht den im § 3 AsylbLG enthaltenen Bargeldanteil von 40,90 € bzw. 20,45 €. Dies ist dann der Fall, wenn die Leistungen nach dem AsylbLG gemäß § 1a AsylbLG auf das im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar Gebotene eingeschränkt werden. Typische Beispiele für Geduldete, die einer solchen Leistungseinschränkung unterliegen, sind Wirtschaftsflüchtlinge und Ausländer, die die deutschen Behörden an dem Vollzug einer Abschiebung hindern (zum Beispiel durch Untertauchen, fehlende Mitwirkung bei der Passbeschaffung).

Nach 48 Monaten können unter gewissen Voraussetzungen höhere Analogleistungen nach § 2 AsylbLG in Anspruch genommen werden. Damit erhalten geduldete Ausländer Leistungen analog zum Sozialgesetzbuch (SGB XII) und bekommen somit die Leistung eines regulären Sozialhilfeempfängers incl. gesetzlicher Krankenversicherung. Mit wenigen Ausnahmen sind geduldete Ausländer, die dann Leistungen nach § 2 AsylbLG analog zum SGB XII erhalten normalen Sozialhilfeempfängern gleichgestellt. Unterschiede bestehen darin, dass Teile des AsylbLG weiterhin auf diese geduldeten Ausländer Anwendung finden und dass ein Leistungsberechtigter nach dem AsylbLG im Gegensatz zum Sozialhilfeempfänger nach dem SGB II nicht oder nur sehr schwierig sanktioniert werden kann, wenn dieser eine zumutbare Erwerbstätigkeit nicht annimmt. Demnach sind geduldete Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG teilweise sogar besser gestellt als die sog. Hartz-IV-Empfänger.

Kinder- und Jugendhilfe kann ebenfalls in Anspruch genommen werden. Über das Asylbewerberleistungsgesetz besteht eine Art Krankenversicherungsschutz. Die zuständige Behörde (meistens die örtlichen Sozialämter) stellen die ärztliche und zahnärztliche Versorgung sicher (vgl. § 4 AsylbLG). Dies kann zum Beispiel durch die Gesundheitsämter der Gemeinden erfolgen, aber auch durch niedergelassene Ärzte, die direkt oder über die kassenärztlichen Vereinigungen mit den leistungsgewährenden Stellen abrechnen. Da Asylbewerber, solange sie Leistungen nach AsylbLG § 3 beziehen, keiner gesetzlichen Krankenkasse beitreten können, besteht die Gefahr, dass diese Leistungen wie Privatpatienten erhalten. Der Umfang der Krankenhilfe ist gesetzlich zwar wesentlich eingeschränkter als beim gesetzlich Versicherten. Dennoch ist es für viele Ärzte leicht, Leistungen mit den Sozialämtern abzurechnen, auf die Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherungen keinen Anspruch haben. Dies liegt schlicht daran, dass in den Sozialämtern kein geschultes Krankenkassenpersonal beschäftigt ist und daher aus Unwissenheit Fehler unterlaufen. Auch diese verhältnismäßig hohen Arztkosten müssen die Sozialämter tragen.

Aufenthaltserlaubnis

Nach dem neuen § 25 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes kann die Duldung nach 18 Monaten in eine Aufenthaltserlaubnis umgewandelt werden. Dies darf aber nur geschehen, wenn der Ausländer nicht selbst seine Ausreise behindert, etwa indem er es versäumt, sich einen Pass zu beschaffen.

Aufenthaltserlaubnis

Die **Aufenthaltserlaubnis** ist ein Aufenthaltstitel nach dem seit dem 1. Januar 2005 geltenden Aufenthaltsgesetz (Kernstück des Zuwanderungsgesetzes). Sie ist in den §§ 7 und 8 dieses Gesetzes geregelt und wird grundsätzlich nur befristet (auf mindestens 6 Monate) und zweckgebunden erteilt (die einzelnen Zwecke des Aufenthalts werden in § 16 bis 36 aufgeführt). Sie ist nicht immer mit einer Arbeitserlaubnis verbunden; ob eine Arbeitserlaubnis besteht, hängt vom Zweck der Aufenthaltserlaubnis ab.

Die Aufenthaltserlaubnis war bis zum 31. Dezember 2004 eine Form der Aufenthaltsgenehmigung nach dem bis zu diesem Zeitpunkt gültigen Ausländergesetz und konnte bis dahin auch unbefristet erteilt werden. Mit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes wurde die unbefristete Aufenthaltserlaubnis durch die Niederlassungserlaubnis ersetzt.

Aufenthaltserlaubnis

für das Bundesgebiet Deutschland
einschl. des Landes Berlin

bis auf unbefristet 19

Selbständige Erwerbstätigkeit oder vergleichbare unselbständige Erwerbstätigkeiten nicht gestattet.

Geislingen an der Steige, den 8. FEB. 1989

Unbefristete Aufenthaltserlaubnis ausgestellt in Geislingen an der Steige (1989)

Vor Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis bei der Ausländerbehörde muss beim Bürgeramt der jeweiligen Kommunalverwaltung eine Wohnanschrift für den beantragenden Ausländer angemeldet werden.

Das Aufenthaltsgesetz gilt für Bürger aus Staaten, die nicht zur Europäischen Union (EU) gehören. EU-Bürger bekommen hingegen für längere Aufenthalte eine Freizügigkeitsbescheinigung nach dem Freizügigkeitsgesetz, die ihren gemeinschaftsrechtlichen Anspruch ausweist, sich ohne besonderen Aufenthaltstitel in Deutschland aufzuhalten. Ausländische Angehörige freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger, die normalerweise einen Aufenthaltstitel benötigten, erhalten stattdessen eine Aufenthaltskarte, die ihre abgeleitete Freizügigkeit belegt.

Niederlassungserlaubnis

Im deutschen Ausländerrecht ist die **Niederlassungserlaubnis** ein Aufenthaltstitel nach dem seit dem 1. Januar 2005 geltenden Aufenthaltsgesetz (AufenthG), das für Bürger aus Staaten gilt, die nicht zur Europäischen Union (EU) gehören. EU-Bürger und ihre Angehörigen bekommen hingegen unter bestimmten Voraussetzungen eine Daueraufenthaltsbescheinigung bzw. Daueraufenthaltskarte nach dem Freizügigkeitsgesetz, die es ihnen ermöglicht, sich in Deutschland endgültig niederzulassen.

Die Niederlassungserlaubnis wird zum Zwecke der Verfestigung des Aufenthalts eines Ausländers im Bundesgebiet erteilt und ist unbefristet. Darüber hinaus berechtigt sie sowohl zur Beschäftigung als Arbeitnehmer als auch zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit. Die Niederlassungserlaubnis kann daher als die rechtlich stärkste Form eines der drei Arten des Aufenthaltstitels (Visum -> Aufenthaltserlaubnis -> Niederlassungserlaubnis) bezeichnet werden (vgl. § 4 Abs. 1 S. 2 AufenthG).

Die grundsätzlichen Voraussetzungen zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis sind gemäß § 9 Abs. 2 S. 1 AufenthG:

1. der fünfjährige Besitz einer Aufenthaltserlaubnis
2. die Sicherung des Lebensunterhalts
3. der Nachweis von mindestens 60 Monaten Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung
4. die grundsätzliche Straffreiheit
5. die Erlaubnis zur Beschäftigung als Arbeitnehmer
6. der Besitz der Kenntnis zur Ausübung der Erwerbstätigkeit
7. ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache
8. Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland
9. ausreichender Wohnraum.

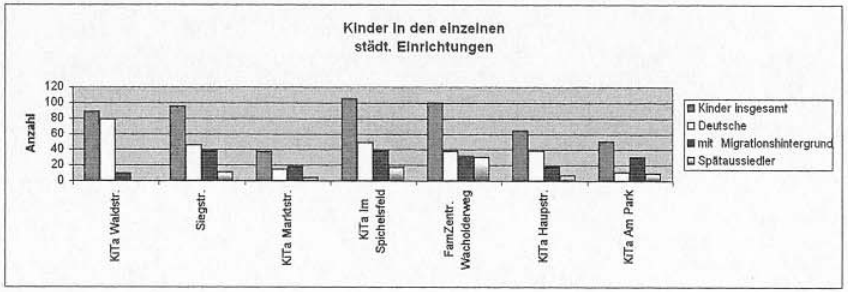
Von diesen einzelnen Voraussetzungen gibt es jeweils Ausnahmen und ergänzende Regelungen. So gibt es beispielsweise die Möglichkeit zum Absehen von den Voraussetzungen der Nr. 2, 3, 7 und 8 bei Ausländern mit körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheiten oder Behinderungen.

Neben der grundsätzlichen Vorschrift des § 9 Aufenthaltsgesetz zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis gibt es noch einige Sondervorschriften, nach denen ebenfalls (unter erleichterten Bedingungen) Niederlassungserlaubnisse erteilt werden können:

- Hochqualifizierte (§ 19 AufenthG)
- Selbständige Erwerbstätigkeit (§ 21 Abs. 4 AufenthG)
- Humanitäre Gründe (§ 26 Abs. 3 und 4 AufenthG)
- Familiäre Lebensgemeinschaften mit Deutschen (§ 28 Abs. 2 S. 1 AufenthG)
- Ehemalige Deutsche (§ 38 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG)

Die Gebühren für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis bestimmen sich nach der Aufenthaltsverordnung (AufenthV) und betragen zwischen 85,00 € und 200,00 € (§ 44 AufenthV), wobei auch Befreiungen und Ermäßigungen möglich sind (§ 52 AufenthV).

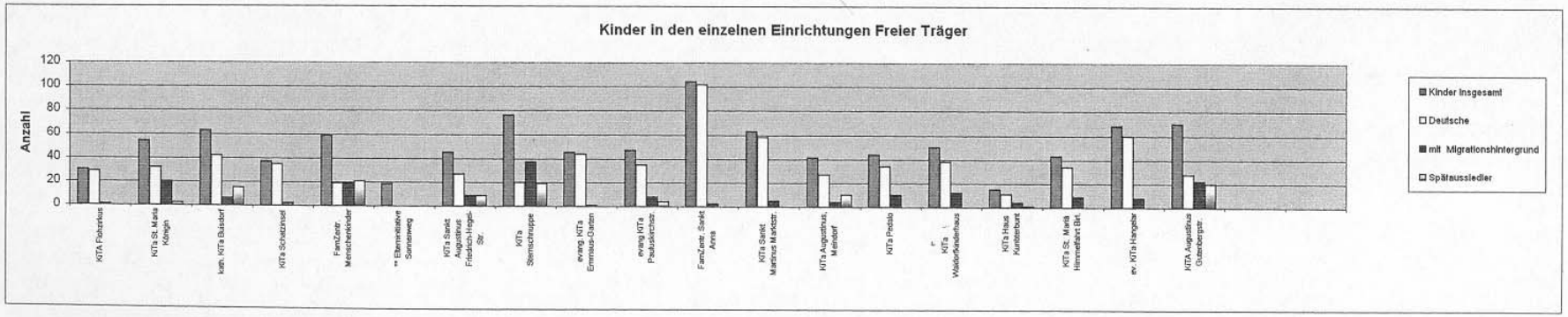
Kinder	KiTa Waldstr.	Siegstr.	KiTa Marktstr.	KiTa Im Spichelsfeld	FamZentr. Wacholderweg	KiTa Haupstr.	KiTa Am Park	Gesamt
Kinder insgesamt	88	95	37	105	100	64	50	**539**
Deutsche	79	46	15	49	38	39	11	**277**
mit Migrationshintergrund	9	38	18	39	32	18	30	**184**
Spätaussiedler	0	11	4	17	30	7	9	**78**
%-Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund	10,23	40,00	48,65	37,14	32,00	28,13	60,00	**34,14**



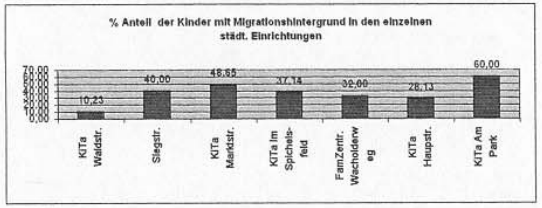
% Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund

Kinder	KiTA Flohzirkus	KiTa St. Maria Königin	kath. KiTa Bulsdorf	KiTa Schatzinsel	FamZentr. Menschenkinder	** Elterninitiative Sonnenweg	Augustinus Friedrich-Hegel-Str.	KiTa Sternschnuppe	evang. KiTa Emmaus-Garten	evang KiTa Pauluskirchstr.	FamZentr. Sankt Anna	KiTa Sankt Martinus Marktstr.	KiTa Augustinus, Meindorf	KiTa Pedalo	KiTa Waldorfkinderhaus	KiTa Haus Kunterbunt	KiTa St. Maria Himmelfahrt Birl.	ev. KiTa Hangelar	KiTA Augustinus Gutenbergstr.			gesamt
Kinder insgesamt	30	54	63	37	59	18	45	76	45	47	104	63	41	44	50	15	43	68	70			**972**
Deutsche	29	32	42	35	19	0	27	20	44	35	102	58	27	34	38	11	34	60	28			**675**
mit Migrationshintergrund	1	20	6	2	19	0	9	37	1	8	2	5	4	10	12	4	9	8	22			**179**
Spätaussiedler	0	2	15	0	21	0	9	19	0	4	0	0	10	0	1	0	0	0	20			**101**
%-Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund	3,33	37,04	9,52	5,41	32,20	0,00	20,00	48,68	2,22	17,02	1,92	7,94	9,76	22,73	24,00	26,67	20,93	11,76	31,43	###	###	**18,42**

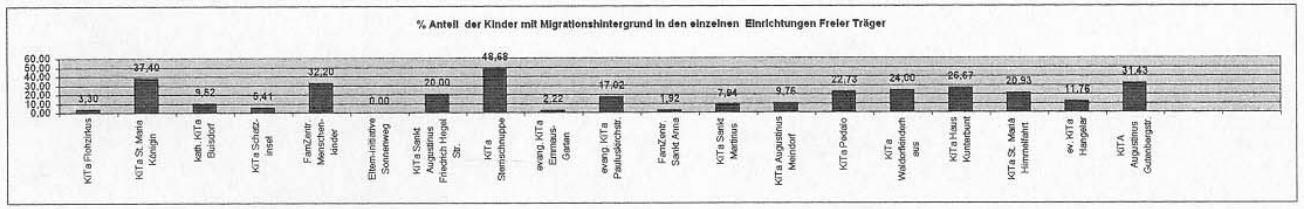
** keine Kenntnisse über eventuellen Migrationshintergrund von deutschen Kindern



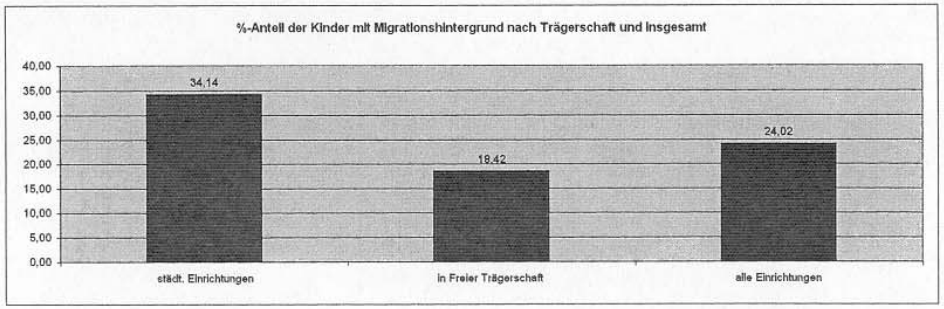
	KiTa Waldstr.	Siegstr.	KiTa Marktstr.	KiTa Im Spichels-feld	FamZentr. Wacholder weg	KiTa Haupstr.	KiTa Am Park
%-Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund	10,23	40,00	48,65	37,14	32,00	28,13	60,00



	KiTa Flohzirkus	KiTa St. Maria Königin	kath. KiTa Buisdorf	KiTa Schatz-insel	FamZentr. Menschen-kinder	Eltern-initiative Sonnenweg	Augustinus Friedrich Hegel Str.	KiTa Sternschnuppe	evang. KiTa Emmaus-Garten	evang. KiTa Pauluskirchstr.	FamZentr. Sankt Anna	KiTa Sankt Martinus	KiTa Augustinus Meindorf	KiTa Pedalo	KiTa Waldorfkinderhaus	KiTa Haus Kunterbunt	KiTa St. Mariä Himmelfahrt	ev. KiTa Hangelar	KiTA Augustinus Gutenbergstr.		
%-Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund	3,30	37,40	9,52	5,41	32,20	0,00	20,00	48,68	2,22	17,02	1,92	7,94	9,76	22,73	24,00	26,67	20,93	11,76	31,43		



	städt. Einrichtungen	in Freier Trägerschaft	alle Einrichtungen
%Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund	34,14	18,42	24,02



	Plätze in städt. Einrich-tungen	Plätze in Einrichtungen Freier Träger	alle Einrich-tungen
Kinder insgesamt	539	972	1511
Deutsche	277	675	952
mit Migrationshintergrund	184	179	363
Spätaussiedler	78	101	179
%-Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund	34,14	18,42	24,02

Die Schülerzahlen der Stadt Sankt Augustin

Stand: 15.10.2009

Schule	Klassen	davon Lern-gruppen	Schüler	1		2		3		4																		davon Aus-siedler	davon Aus-länder
KGS Buisdorf	5	0	118	27	(1)	35	(2)	31	(1)	25	(1)																	12	5
KGS Hangelar	8	0	180	50	(2)	47	(2)	41	(2)	42	(2)																	3	4
EGS Hangelar	7	3	149	34		32		42	(2)	41	(2)																	3	12
KGS Meindorf	9	0	214	48	(2)	45	(2)	55	(2)	66	(3)																	0	4
GGS Menden	16	16	361	69		81		119		92																		3	152
KGS Mülldorf	15	8	329	74		78		83	(4)	94	(3)																	5	67
GGS Freie Busch	8	0	191	45	(2)	52	(2)	47	(2)	47	(2)																	43	45
GGS Pleiser Wald	14	8	364	100		104		82	(3)	78	(3)																	10	13
GGS Ort	8	0	177	48	(2)	45	(2)	50	(2)	34	(2)																	19	4
Zusammen	**90**	**35**	**2083**	**495**	**(9)**	**519**	**(10)**	**550**	**(18)**	**519**	**(18)**																	**98**	**306**
	Klassen		**Schüler**									**5**		**6**		**7**		**8**		**9**		**10**		**BUS**					
HS Menden	16		321									45	(2)	46	(2)	39	(2)	63	(3)	71	(4)	57	(3)	15				42	70
HS Niederpleis	11		268									26	(1)	34	(2)	50	(2)	57	(2)	59	(2)	42	(2)					31	71
Zusammen	**27**		**589**									**71**	**(3)**	**80**	**(4)**	**89**	**(4)**	**120**	**(5)**	**130**	**(6)**	**99**	**(5)**	**15**				**73**	**141**
RS Menden	21		558									80	(3)	116	(4)	99	(4)	86	(3)	79	(3)	98	(4)					7	67
RS Niederpleis	17		457									77	(3)	85	(3)	75	(3)	77	(3)	62	(2)	81	(3)					21	41
Zusammen	**38**		**1015**									**157**	**(6)**	**201**	**(7)**	**174**	**(7)**	**163**	**(6)**	**141**	**(5)**	**179**	**(7)**					**28**	**108**
	Klassen	**Kurse***	**Schüler**																					**11**	**12**	**13**			
RSG	26	15	1058									136	(5)	134	(5)	125	(4)	118	(4)	107	(4)	104	(4)	125	107	102		11	48
AEG	21	13	842									115	(4)	106	(4)	112	(4)	84	(3)	71	(3)	75	(3)	86	105	88		31	42
Zusammen	**47**	**28**	**1900**									**251**	**(9)**	**240**	**(9)**	**237**	**(8)**	**202**	**(7)**	**178**	**(7)**	**179**	**(7)**	**211**	**212**	**190**		**42**	**90**
Gutenberg	**18**		**245**	**0**		**6**		**12**		**21**		**26**		**69**		**29**		**37**		**45**								**15**	**49**
Gesamtzahl	**220**		**5832**																									**256**	**694**

* Bei der Sekundarstufe II wurde der Kursfrequenzrichtwert von 22 zu Grunde gelegt